

GENDER**Zeitschrift für Geschlecht,
Kultur und Gesellschaft**

Vorwort 7

Schwerpunkt	Genderperspektiven für die European Studies Gudrun Hentges, Claudia Wiesner, Carola Bauschke-Urban (Hrsg.)	
Petra Ahrens	Gender Mainstreaming im Europäischen Parlament: Geschichte, Institutionalisierung, Hindernisse	11
Rita Bencivenga, Eileen Drew	Förderung von Gendergerechtigkeit und strukturellem Wandel im Wissenschaftsbereich durch Gleichstellungspläne: Integration von EU- und nationalen Initiativen	27
Barbara Hönig	Gleichstellung und Exzellenz: zu einer strukturellen Ambivalenz des Europäischen Forschungsraums	43
Maria Cristina Antonucci	Weibliche Präsenz in Lobbying-Karrieren in Europa: ein Vergleich von Frauen in Lobbyberufen in drei nationalen politischen Systemen und der EU	59
Eszter Kováts	Antigenderpolitik in Ostmitteleuropa: rechter Gegenwind für den Westeurozentrismus	76

Offener Teil	Analysen und Debatten	91
Ingeborg Boxhammer, Christiane Leidinger	Offensiv – strategisch – (frauen)emanzipiert: Spuren der Berliner Subkulturaktivistin* Lotte Hahm (1890–1967)	

Renate Kreile	Transformationsprozesse, politische Un- Ordnung und die Ordnung der Geschlechter im Vorderen Orient. Das Beispiel Irak	109
Anna Sator	Berta Lasks <i>Die Befreiung</i> (1926). Betrachtungen zum Verhältnis von Frausein und Revolution	124
Juliane Gerland	Musikschule und Gender. Inklusive und intersektionale Perspektiven auf Genderaspekte in der außerschulischen Musikpädagogik	138

Rezensionen

Franziska Bante, Nils Matzner	Michel Raab/Cornelia Schadler (Hrsg.), 2020: Polyfantastisch? Nichtmonogamie als emanzipatorische Praxis	154
Boka En, Sabine Grenz	Beate Kortendiek/Birgit Riegraf/Katja Sabisch (Hrsg.), 2019: Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung	157
Bettina Enzenhofer	Persson Perry Baumgartinger, 2019: Die staatliche Regulierung von Trans. Der <i>Transsexuellen-Erlass</i> in Österreich (1980–2010). Eine Dispositivgeschichte	160
Lee Martin	Laura J. Shepherd (ed.), 2019: Handbook on Gender and Violence	163

Petra Ahrens

Gender Mainstreaming im Europäischen Parlament: Geschichte, Institutionalisierung, Hindernisse

Zusammenfassung

Das Europäische Parlament (EP) hat sich als eines der wenigen Parlamente weltweit seit 2003 in insgesamt sechs Entschlüssen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming (GM) verpflichtet. Ausgehend von dem Ansatz des Feministischen Institutionalismus analysiert dieser Beitrag chronologisch die potenzielle Institutionalisierung von GM und fragt, inwieweit sich neue Regeln und Normen in bestehende formale und informelle Regeln einflechten lassen. Hierfür werden zentrale EP-Dokumente für den Zeitraum 2003 bis 2019 sowie leitfadengestützte Interviews mit MEPs verschiedener Fraktionen und EP-Beschäftigten aus 2019 und 2020 analysiert. Insgesamt kann von einer GM-Institutionalisierung gesprochen werden, wenn sie auch heterogen verläuft.

Schlüsselwörter

Europäisches Parlament, Gender Mainstreaming, Institutionalisierung, Mikropolitiken, Frauenrechts- und Gleichstellungsausschuss

Summary

Gender mainstreaming in the European Parliament: History, institutionalization, obstacles

The European Parliament (EP) is one of the few parliaments worldwide to have adopted a total of six resolutions in the period since 2003 in which it pledges to implement gender mainstreaming (GM). Applying Feminist Institutionalism, the article analyzes the potential institutionalization of GM from a chronological perspective. It investigates to what extent new rules and norms can be incorporated into existing formal and informal rules. Examining key EP documents from the period between 2003 and 2019 and semi-structured interviews conducted with Members of the EP (MEPs) from different political groups and with EP staff in 2019 and 2020, the article provides an analysis of GM institutionalization. Overall, one can say that GM has become institutionalized over time, although implementation is quite heterogeneous.

Keywords

European Parliament, gender mainstreaming, institutionalization, micro-politics, Committee on Women's Rights and Gender Equality

1 Einleitung

Während im Zuge der Pekingener Aktionsplattform der UN-Weltfrauenkonferenz 1995 viele Regierungen Gender Mainstreaming (GM) als gleichstellungspolitische Strategie verabschiedeten, blieben ähnliche Initiativen in den meisten Parlamenten aus. Eine herausstechende Ausnahme ist das Europäische Parlament (EP), welches sich seit 2003 mittels Entschlüssen und Berichten selbst zu GM verpflichtet. Diese kontinuierliche Bestrebung, GM im EP zu institutionalisieren, erscheint erstaunlich angesichts der Tatsache, dass GM in der Politik der Europäischen Union erheblich an Boden verloren hat und sich erst mit der neuen Europäischen Kommission ein Wandel abzeichnet (Abels

2020; Ahrens 2018; Jacquot 2015). Bemerkenswert ist die Selbstverpflichtung auch, weil im EP vertretene rechtskonservative und -extreme Parteien gegen Gleichstellungspolitik und GM opponieren und es als „Genderideologie“ diskreditieren (Korolczuk/Graff 2018; Verloo/Paternotte 2018). Trotz der Machtzunahme des EP und des damit potenziell wachsenden Einflusses auf supranationale Gleichstellungspolitik ist die langjährige Entwicklung im EP in der Forschung kaum adressiert worden (vgl. ausführlich Ahrens/Rolandsen Agustín 2019).

Dieser Beitrag schließt diese Lücke, indem die GM-Umsetzungsprozesse im EP chronologisch analysiert werden. Hierfür wird ausgehend vom Ansatz des Feministischen Institutionalismus analysiert, inwieweit sich neue Normen und Praxen (hier Gender Mainstreaming) in formale und informelle Regeln einflechten lassen angesichts des konstanten Wandels des politischen EU-Systems und der Selbstwahrnehmung des EP als Gleichstellungsmotor (Van der Vleuten 2019).

Die chronologische Analyse entsprechender EP-Entschliefungen, Berichte, Abstimmungsergebnisse zu GM sowie weiterer Dokumente im Zusammenhang mit den formalen parlamentarischen Verfahren deutet auf eine zunehmend stabile Institutionalisierung von GM hin. Dass diese nicht friktionslos verläuft, wird am Beispiel der Berücksichtigung von Genderaspekten in Ausschüssen während der letzten beiden Legislaturperioden illustriert. Dazu werden rund 120 leitfadengestützte Interviews mit MEPs verschiedener Fraktionen und mit EP-Beschäftigten aus den Jahren 2019 und 2020 herangezogen.

2 GM auf supranationaler Ebene und Theorieansatz

Gender Mainstreaming (GM) zielt als politische Strategie darauf ab, institutionelle Strukturen zu hinterfragen und dahingehend zu transformieren, dass Gleichstellungsförderung zu einem alle Ebenen durchdringenden Anspruch wird (Lombardo/Meier/Verloo 2009; Minto/Mergaert 2018). Auf EU-Ebene wurde die Strategie durch ein institutionenübergreifendes feministisches Akteur*innennetzwerk in Artikel 3,2 des Amsterdamer Vertrags verankert (Hubert/Stratigaki 2016; Jacquot 2015). Wenn auch die vorherige Begrenzung der EU auf Beschäftigungspolitik durchbrochen wurde, enttäuschte die praktische Umsetzung: Gleichstellungsaspekte wurden in bestehende Politiken und Prozesse nur integriert oder kooptiert; selten wurden Politiken und Prozesse grundlegend transformiert (Lomazzi/Crespi 2019; Lombardo/Meier/Verloo 2009). Insgesamt fehl(t)en kohärente Gleichstellungsziele, sodass Gleichstellung ein „empty signifier“ und eher als technische denn inhaltliche Anforderung verstanden wurde (Minto/Mergaert 2018; Verloo 2005), da alltägliche Verwaltungsroutinen unangetastet blieben (Jacquot 2015). Zudem entpolitisierte die Art und Weise der GM-Umsetzung in der Europäischen Kommission Gleichstellungspolitik, schwächte die ursprüngliche institutionelle Gleichstellungsstruktur und untergrub die zuvor gute institutionenübergreifende Zusammenarbeit feministischer Akteur*innen (Ahrens 2018; Jacquot 2015).

Die Rolle des EP für EU-Gleichstellungspolitik wurde in der Forschung öfter beleuchtet (Ahrens 2018; Jacquot 2015; Rolandsen Agustín 2013; Van der Vleuten 2012), ebenso wie die Sitzverteilung der Fraktionen (auch nach Geschlecht), aber Studien zu

Promoting gender equality and structural change in academia through gender equality plans: Harmonising EU and national initiatives

Zusammenfassung

Förderung von Gendergerechtigkeit und strukturellem Wandel im Wissenschaftsbereich durch Gleichstellungspläne: Integration von EU- und nationalen Initiativen

Gendergerechtigkeit wird in Hochschulen in der EU im Rahmen des Programms Science with and for Society (SwafS) der Europäischen Kommission durch die Umsetzung von Gleichstellungsplänen aktiv gefördert. Die Erarbeitung und Umsetzung von Gleichstellungsplänen wurde durch die Beteiligung an EU-Projekten in irischen sowie italienischen Hochschuleinrichtungen stark beeinflusst. Dieser Beitrag bezieht sich auf Erfahrungen des EU-Projekts SAGE (H2020), bei dem irische und italienische Universitäten kooperieren, die Athena SWAN Charta in Irland, den Aktionsplan Piano di Azioni Positive (PAP) in Italien und Interviews mit Gender-Expert*innen irischer und italienischer Hochschuleinrichtungen. Es wird untersucht, inwieweit die Teilnahme an EU- und nationalen Initiativen ähnliche Ergebnisse erzielen kann. Der Beitrag kommt zu dem Schluss, dass eine abgestimmte Strategie, die sich auf gemeinsame Prioritäten konzentriert und kulturelle, politische und soziale Vielfalt berücksichtigt, die Internationalisierung des Hochschulsektors fördern und den Prozess zur Herstellung von Gendergerechtigkeit in der Wissenschaft beschleunigen könnte.

Schlüsselwörter

Gendergerechtigkeit, Vielfalt, Strukturwandel, Horizon 2020, Gleichstellungsplan, Piano di Azioni Positive (PAP)

Summary

Gender equality has been actively promoted in EU academic institutions by the European Commission's Science with and for Society (SwafS) programme through the implementation of gender equality plans (GEP). GEP formulation and implementation was strongly influenced by involvement in EU projects in Irish as well as Italian higher education institutions. The paper draws upon experience of the EU project SAGE (H2020), in which Irish and Italian universities actively cooperated, the Athena SWAN Charter in Ireland, Positive Action Plans (PAP) in Italy, and semi-structured interviews with gender experts in Irish and Italian higher education institutions to explore the degree to which participation in EU and national initiatives can promote similar outcomes by the adoption of positive actions. The paper concludes that a harmonised strategy, focusing on common priorities and respecting cultural, political and social diversity, could promote the internationalisation of the higher education sector and accelerate the process towards gender equality in academia.

Keywords

gender equality, diversity, structural change, Horizon 2020, gender equality plan (GEP), Positive Action Plan (PAP)

1 Introduction

This paper examines how participation in EU Framework Programmes (FP) and national initiatives has supported the adoption of actions promoting gender equality in academia in Ireland and Italy. Despite a declared global, persistent and strategic priority pursued in EU member states through departments of education, gender equality in academia remains aspirational (Husu 2001). Academia is not neutral when it comes to gender (Acker 1990). Research has focused on everyday gender interactions (Benschop 2009; Montes López/O'Connor 2019), patriarchal systems of support that benefit men (Bagilhole/Goode 2001), biased evaluations that influence recruitment and selection procedures (van den Brink/Benschop 2012), homophily that influences people to seek out and appoint those who are similar to themselves (Nielsen 2021, 2016), and daily micro-aggressions against female university professors (Montes-López/Groves 2019).

Since the 1990s, the European Union (EU) has played a pivotal role in promoting and implementing gender mainstreaming, through fixing the principle of gender equality into treaty articles, advocating action programmes and communications and setting up institutional bodies and mechanisms to support the inclusion of a gender perspective into policymaking (Drew/Canavan 2021). To this end, the European Commission has required the scientific community to address gender issues while preparing research proposals. Under the Research and Development Framework Programmes (FP), almost all scientific disciplines have been involved in promoting gender mainstreaming. FP6 (2002–2006), and particularly FP7 (2007–2013) established the basis for the Horizon 2020 approach to gender. In FP6, applicants for Integrated Projects and Networks of Excellence had to produce a short action plan on gender mainstreaming: a Gender Action Plan (GAP). However, by the end of FP6, GAPs were considered by the Commission to be a “burden to the research community” (Mergaert/Lombardo 2014: 12) though no evidence of this was found in the work of expert panels convened by the Commission. Hence, FP7 did not require GAPs to be submitted by applicants. However, the EC deemed structural change a necessary step towards gender equality, through developing statistical indicators, involving persons in positions of responsibility to support change, and raising awareness on gender issues (European Commission 2012). The European Commission subsequently launched a new set of calls for proposals, Science with and for Society (SwafS), to support universities and other research performing organisations (RPO) in structural change, through tailored gender equality plans.

At a national level, the UK and more recently Ireland have promoted gender equality and structural change in higher education institutions (HEIs) through the Athena SWAN (AS) Charter, while other EU countries, such as Italy, Spain, Finland and Austria, have specific legislation promoting gender equality, diversity and inclusion initiatives in HEIs.

The general research objectives leading to this paper were to understand what discourses gender equality experts use to make sense of the progress toward gender equality in HEIs through structural change and how they explain female under-representation. Following a review of literature on gender equality in academia, the paper focuses on structural changes that have emerged through EU FP projects and two national initiatives: the Athena SWAN Charter (IE) and Positive Action Plans (PAP) (IT). A paragraph

Gleichstellung und Exzellenz: zu einer strukturellen Ambivalenz des Europäischen Forschungsraums

Zusammenfassung

In der Soziologie bezeichnet der Begriff der Ambivalenz gegensätzliche, konflikthafte oder widersprüchliche kulturelle Ziele einer Gesellschaftsstruktur. Dieser Beitrag wendet den Begriff auf die im Europäischen Forschungsraum institutionalisierten kulturellen Normen und Werte an, um eine strukturelle Ambivalenz europäischer Integration in der Wissenschaft zu untersuchen. Ziel ist eine Analyse des Verhältnisses von Gleichstellungsnormen und Exzellenzidealen am Beispiel der durch den European Research Council (ERC) repräsentierten europäischen Exzellenzinitiative. Die These ist, dass das aktuell dominante Exzellenzparadigma eine Umsetzung supranationaler Gleichstellungsnormen in der Wissenschaft erschwert. Diese These wird anhand sekundärstatistischer Analysen und qualitativer Befunde zu geförderten Forschungsprojekten einer Überprüfung unterzogen. Die Ergebnisse zeigen, dass es u. a. aufgrund existierender Widerstände gegen die Umsetzung von Gleichstellungsstandards unwahrscheinlich ist, dass es dem ERC in naher Zukunft gelingen wird, seine selbst gesetzten Gleichstellungsziele zu erreichen.

Schlüsselwörter

Europäischer Forschungsraum, Forschungsförderung, European Research Council, Ambivalenz, Gleichstellung, Wissenschaftliche Exzellenz

Summary

Gender equality and excellence: On the structural ambivalence of the European Research Area

In sociology, the concept of ambivalence refers to conflict or dissent between the cultural goals in a given society and social structure. The article applies the concept of ambivalence to those cultural norms and values which have been institutionalized in the European Research Area, in order to investigate the specific structural ambivalence of European integration in science and research. The aim is to analyse the relationship between equal opportunity norms and the ideals of scientific excellence by scrutinizing the case of the European Research Council (ERC), which represents the European excellence initiative. The proposition is that the current dominant paradigm of excellence is impeding the implementation of supranational equal opportunity norms in science and research. Qualitative evidence and results from cross-nationally comparative secondary statistics show that, due to existing resistance for example, it is still unlikely that science in Europe will reach its self-defined objectives regarding equal opportunity policies in the near future.

Keywords

European Research Area, research funding, European Research Council, ambivalence, equal opportunities, scientific excellence

1 Fragestellung: zur strukturellen Ambivalenz von Gleichstellung und Exzellenz

In grober Analogie zu einem auch in der Psychologie geläufigen Begriff bezeichnete Robert K. Merton, Begründer der Wissenschaftssoziologie, strukturelle Ambivalenz als einen inneren Konflikt zwischen widersprüchlichen Normen, Werten oder kulturellen

Zielen einer Gesellschaftsstruktur (Merton 1976). Auch die Wissenschaft kennt konfliktreiche Werte und Normen, die ihrerseits sozialem und historischem Wandel unterliegen, weil Wissenschaft als Bestandteil moderner Gesellschaften diese voraussetzt und in sie eingebettet ist. Diese manifestieren sich beispielsweise in Debatten, ob die dem „akademischen Kapitalismus“ (Slaughter/Rhoades 2004; Münch 2011) zugrunde liegende Ökonomisierung der Wissenschaft auch ihr meritokratisches Ethos veränderte (vgl. z. B. Nowotny 2011).

Dieser Beitrag untersucht eine strukturelle Ambivalenz europäischer Integration in der Wissenschaft: derjenigen von Gleichstellung und Exzellenz.¹ Beabsichtigt ist eine Analyse des Verhältnisses von Gleichstellungsnormen und Exzellenzidealen im Europäischen Forschungsraum (European Research Area, ERA), der vor zwei Jahrzehnten von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen wurde. Welche Dilemmata bietet das Spannungsfeld von wissenschaftlicher Exzellenz und Geschlechtergleichstellung in der europäischen Integration der Wissenschaft? Wie geht europäische Forschungsförderung mit struktureller Ambivalenz um? Welche künftige Entwicklung von Gleichstellung in der Spitzenforschung lässt dies erwarten?

Die zu untersuchende These besteht darin, dass die Institutionalisierung des ERA bislang nicht in jenem Ausmaß zur Gleichstellung der Geschlechter beitrug, die man aufgrund langjähriger europäischer Initiativen zur Förderung der Repräsentanz von Frauen erwarten würde. Denn obwohl die Europäische Union in der Umsetzung von Gleichstellungsstandards in der Arbeitswelt, Wirtschaft und Politik Erfolge erzielte, bleiben diese in Wissenschaft und Forschung seit geraumer Zeit hinter den Erwartungen zurück. Vermutet wird, dass institutionelle Widerstände gegen deren Durchsetzung mit Besonderheiten des Wissenschaftsbereichs zu tun haben, die in der Arbeitswelt und der politischen Öffentlichkeit kein unmittelbares Pendant haben (vgl. auch Pollack/Hafner-Burton 2000). Das spätestens seit Ende des Siebten Rahmenprogramms bis heute im ERA dominante Exzellenzparadigma dürfte eine Umsetzung supranationaler Gleichstellungsnormen in der Wissenschaft erschweren. Diese These wird am Beispiel der durch den European Research Council (ERC) repräsentierten europäischen Spitzenforschung anhand sekundärstatistischer Analysen und qualitativer Befunde einer Überprüfung unterzogen.

Der Beitrag erläutert zunächst die Fragestellung und These (Kapitel 1), stellt den Forschungsstand dar (Kapitel 2) und beschreibt und diskutiert Methoden sowie Ergebnisse der Untersuchung (Kapitel 3). Diese beziehen sich auf das Personal und auf die Inhalte der durch den ERC geförderten Forschung sowie auf kulturelle Wissensansprüche (Kapitel 4) der Förderinstitution. Schlussfolgerungen (Kapitel 5) reflektieren, dass ein rasches Erreichen selbst gesetzter Gleichstellungsziele der europäischen Spitzenforschung eher unwahrscheinlich ist.

1 Mertons begriffliche Unterscheidung einer „kulturellen Struktur“ von Zielen, Normen und Werten und einer „sozialen Struktur“ institutionalisierter Mittel, diese Ziele zu erreichen, beabsichtigte, auf die Diskrepanz zwischen einzelnen Komponenten sozialen und kulturellen Wandels aufmerksam zu machen. Gleichstellung in diesem Kontext als „kulturelles“ Ziel zu interpretieren, ist mit der Annahme eines Universalismus von Gleichstellungszielen vereinbar, insofern sich letztere aus der Deklaration universell gültiger Menschenrechte ableiten.

Female presence in lobbying careers in Europe: A comparison of women in the lobbying workforce in three national political systems and the EU

Zusammenfassung

Weibliche Präsenz in Lobbying-Karrieren in Europa: ein Vergleich von Frauen in Lobbyberufen in drei nationalen politischen Systemen und der EU

Dieser Beitrag untersucht die Laufbahnen von Lobbyistinnen in Italien, Großbritannien und Frankreich sowie im EU-Parlament. Dabei soll die Hypothese überprüft werden, dass es in politischen Systemen mit einem Gender-Mainstreaming-Ansatz für Frauen leichter ist, Zugang zu politischen, institutionellen und politikbezogenen Karrieren zu erhalten. Angesichts der Unterschiede zwischen nationalen und länderübergreifenden politischen Systemen zeigen die erhobenen Daten ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis unter Lobbyist*innen im EU-Parlament als in den nationalen Lobbyregistern. Die Erklärung dafür wird in der institutionellen Herangehensweise der EU in Bezug auf Gender Mainstreaming und im ausgeglicheneren Verhältnis von Frauen und Männern in politischen und administrativen Führungspositionen in der EU gesehen. Es wird argumentiert, dass es einen Spillover-Effekt von gendergerechten politischen Karrieren auf die Lobbyberufe gibt. EU-Lobbyist*innen müssen der Diversität von EU-Politiker*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen gerecht werden. Daher geht die Institutionalisierung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes in der EU über Fragen der deskriptiven und inhaltlichen politischen Repräsentation von Frauen in Politik und Beruf hinaus und schafft zudem ein integrativeres Umfeld für Chancengleichheit in traditionell männlich dominierten Berufen.

Schlüsselwörter

Interessengruppen, Lobbyarbeit, Gender Mainstreaming, Politisches System der EU, Interessenvertretungen, Frauen in der Lobbyarbeit

Summary

This paper investigates women in lobbying careers in Italy, the UK and France in comparison with the EU Parliament to verify the hypothesis that in political systems with a gender mainstreaming approach, it is easier for women to have access to political, institutional and politics-related careers. Given the differences between national and supranational political systems, the collected data display a fairer gender balance in the stock of registered lobbyists at the EU Parliament than in the national registers for lobbyists. The explanatory factors are the EU institutional approach towards gender mainstreaming and a fairer gender balance in EU top-political and administrative jobs. The paper argues that there is a spillover effect from fair-gendered political careers to the lobbying professions. EU lobbyists need to reflect the diversity of EU politicians and administrative staff. In this sense, the EU institutionalization of the gender mainstreaming approach goes beyond issues such as the descriptive and substantive political representation of women in politics while creating a more inclusive environment for equal opportunities in traditionally male-dominated jobs.

Keywords

interest groups, lobbying profession, gender mainstreaming, EU political system, organized interests, women in lobbying

The paper starts considering women's share in lobbying careers in three political systems (the UK, France and Italy) that introduced specific lobbying regulations in the 2010s. According to the three regulations, these national transparency registers offer public data on lobbyists who enlist to carry out their professional activity and access public decision-makers. Data from public registers show that even if lobbying might formally be a gender-neutral career, it is mainly a male-dominated job (< 25 percent of women in the profession), due to the high share of male staffs in the UK, France, and Italy.

According to the hypothesis that the share of women in lobbying careers might be consistent with the proportion of women in the political institution (as lobbyists are counterparts of political and institutional positions), I begin comparing the share of women lobbyists to the percentage of women in the three national parliaments, in order to detect whether there are coherent or similar percentages of women in politics and lobbying. Then, coherently with the gender mainstreaming approach, shaping a favorable environment for a fairer presence of women in European careers, I compare the share of women lobbyists in the UK, France and Italy to the percentage of women lobbyists accessing the EU Parliament in order to identify differences or similarities in the share of female staff lobbying national and supranational political institutions. Then, I refer the data on the share of women in lobbying careers in the EU to the percentage of women in EU political representative institutions in order to identify a possible relation. According to the original hypothesis, a higher share of women in political institutions should entail a more significant presence of women in lobbying careers, as the latter is a political related profession and should have some resemblance, if not a 'mirror effect', with the political élites they ought to relate to.

Results of this national and supranational data comparison may suggest that the diversity management approach and the gender mainstreaming culture – adopted, not without flaws in the EU since the late 1990s – have produced the nowadays significant share of women in top-level political institutions and the most powerful administrative staff. This process of gendering political representation (Kantola 2010), along with the presence of civil society groups actively lobbying for gender equality and the institutionalization of the gender mainstreaming approach in the EU, has triggered a spillover effect on lobbying careers that are still male-dominated at the level of national political systems but appear to be oriented towards gender balance in the EU.

The approach referring to gender mainstreaming culture highlights differences between the gender balance among EU lobbyists and the gender gap in the national stocks of lobbyists while presenting a specific set of answers to the research question on the gendered nature of the lobbyist profession.

The paper is set as follows: in paragraph 1, I outline the state of the art of literature on lobbying careers, in paragraph 2, I add some reflections on the main approach in gender mainstreaming in the EU system, posing the theoretical ground for further analyses based on empirical data. In paragraph 3, I present the materials and methods for empirical analysis on public data from transparency registers of lobbyists in the EU, the UK, Italy and France and proceed in paragraph 4 with data analysis on women's share in political careers and lobbying professions in the beforementioned systems. In sections 5 and 6, I present some conclusions based on the analyzed data and the literature's interpretation of women's higher incidence in the lobbying profession within the EU

Anti-gender politics in East-Central Europe: Right-wing defiance to West-Eurocentrism

Zusammenfassung

Antigenderpolitik in Ostmitteleuropa: rechter Gegenwind für den Westeurozentrismus

Auch in Ostmitteleuropa sprechen AntigenderaktivistInnen von Gender als ideologischer Kolonisierung. In diesem Artikel wird versucht, diese Vorwürfe den tatsächlich bestehenden Machtverhältnissen der globalen und europäischen Genderarchitektur gegenüberzustellen und zu erörtern, ob sie – zumindest in gewissem Umfang – auf sozialen Realitäten beruhen.

Weder Antigenderkampagnen noch der Aufstieg illiberaler Kräfte sind *per se* Phänomene des ostmitteleuropäischen Raumes und sollten nicht als solche behandelt werden. Allerdings muss die Relevanz der geopolitischen Einbettung von Gleichstellungsmaßnahmen, Gender Studies sowie feministischer und LGBT-Politik eingehend analysiert werden, um den rechtsgerichteten Diskurs besser zu verstehen. Der vorliegende Beitrag bietet eine theoretische Erklärung, die sich auf bestehende empirische Studien und kritische theoretische Literatur stützt. Der Fokus liegt auf den vier Visegrád-Staaten Polen, Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn. Es wird versucht, die spezifischen Ursachen der Antigendermobilisierung in dieser Region aufzuzeigen und darzustellen, dass der Antigenderdiskurs Ausdruck eines rechten Widerstands gegen bestehende materielle und symbolische Ost-West-Ungleichheiten in Europa ist.

Schlüsselwörter

Ostmitteleuropa, Europäisierung, Antigender, Feminismus, LGBT, Rechtspopulismus

Summary

Anti-gender actors in East-Central Europe (ECE) too claim that gender is an ideological colonization. In this article, in contrasting these accusations with actually existing power relations of the global and European gender architecture, I discuss whether they are – at least to some extent – based on social realities. Neither anti-gender campaigns nor the rise of illiberal forces are ECE phenomena *per se* and should not be treated as such. However, the relevance of the geopolitical embeddedness of gender equality policies, of gender studies and of feminist and LGBT politics needs to be analysed thoroughly in order to better understand the right-wing discourse. This paper offers a theoretical explanation, based on existing empirical studies and critical theoretical literature. Focussing on the four Visegrád countries, Poland, Czech Republic, Slovakia and Hungary, it attempts to demonstrate the specific drivers of the anti-gender mobilization in this region and argues that anti-gender discourse is a right-wing language of resistance against existing material and symbolic East-West inequalities in Europe.

Keywords

East-Central Europe, Europeanisation, anti-gender, feminism, LGBT, right-wing populism

In 2017, the conservative-fundamentalist World Congress of Families held its annual meeting in Budapest. Katalin Novák, then Hungarian State Secretary (now Minister) for Family Policy, gave one of the opening speeches, speaking about an experience

she has had at the United Nations in Geneva. She was reporting on the Hungarian government's position on same-sex marriage (i.e. its opposition to it), upon which she allegedly received this reaction: "This is a learning process – you will get to that point." She summed up the attitude of the UN body towards Hungary: "We're always supposed to feel ashamed. But we shouldn't be constantly lectured."

"Has care [as an issue] *already* arrived to Hungary?" – I overheard this sentence in an international workshop in 2017, by a German to a Hungarian feminist activist, who responded: "Yes, it already even left it ... towards Germany" – pointing sarcastically to the pretentious character of the question (i.e. every idea comes *from* the West) and to one of the main causes of the care deficit in the East-Central European (ECE) region: care drain, and to the fact that the emancipation of women (understood as labour market participation) of Western European countries is connected to the outsourcing of household and care work to lower class and migrant women, oftentimes from the EU's periphery.

These two anecdotes reflect and highlight the topicality of power relations, both East-West and in the context of supranational bodies like the EU and the UN. The first case is an illustration of how the illiberal right-wing Fidesz, ruling since 2010, instrumentalizes the rhetoric of subjugation for mobilization and to legitimate their own actions. The second is a regular and widely documented experience of feminists and gender scholars from post-socialist countries coming in contact with their Western counterparts since the 1989–1991 political transformations. In the present article, I try to connect these two sets of experiences and phenomena through an analysis of the anti-gender rhetoric of the right-wing actors (parties, social movements, religious authorities, intellectuals) in East-Central Europe. I attempt doing this by contrasting their "key discursive strategy" (Graff/Korolczuk 2018), the claim of 'ideological colonization' with existing power structures in the global and European gender architecture. I offer a theoretical explanation, based on available empirical studies on the anti-gender phenomenon of the four Visegrád countries: Poland, Czech Republic, Slovakia and Hungary, and on empirical and theoretical studies on the East-West inequalities of the past decades.

As I seek to understand post-socialist specificities of this transnational phenomenon, I am taking the risk of glossing over contextual differences and rather go beyond a one country case study, taking the four countries as one case study for the region. They share certain core characteristics: their satellite status to the Soviet Union during the Cold War, the legacy of state feminism, their economic and political starting positions at the regime changes in 1989/1991, their path to EU accession in 2004, their room for manoeuvring and dilemmas around adopting Gender Studies and Western type of feminism and LGBT politics, and the ongoing Visegrád co-operation (V4) make them suitable for joint analysis. These countries treated as one case study might shed light on some common features of the former 'Second World'. While the rise of neither anti-gender nor of illiberal forces is an ECE phenomenon *per se* and should not be treated as such, the relevance of the geopolitical embeddedness of gender equality policies, of gender studies and feminist and LGBT politics in this region cannot be underestimated. For this we need to go beyond analysing the anti-gender actors' discourse. I contend: these existing material and symbolic East-West inequalities are the anchors the illiberal right-wing forces use for their political ends, and these partly explain the particular ECE drivers of anti-gender mobilization.

Aufsätze: Offener Teil

Ingeborg Boxhammer, Christiane Leidinger

Offensiv – strategisch – (frauen)emanzipiert: Spuren der Berliner Subkulturaktivistin* Lotte Hahm (1890–1967)

Zusammenfassung

Der Beitrag präsentiert kritisch-hermeneutische Rekonstruktionsergebnisse vor allem zu Handlungsmöglichkeiten und -strategien einer bekannten Berliner Subkulturaktivistin*: Lotte Hahm verknüpfte ihre ökonomische Selbstständigkeit mit kollektiver Selbstorganisation (offene Klubstrukturen), gastronomischen Einrichtungen (Barbetrieb, Tanz, Kulturprogramm) mit dem Angebot von Beratung und politischer Bildung (Artikel, Vorträge, Bibliothek) sowie mit politischen Zielen wie Politisierung, Antidiskriminierung und (über)regionaler sowie transnationaler Vernetzung von Lesben und (homosexuellen) „Transvestiten“. Die Lokalnutzung baute sie zu exklusiv räumlicher Vergemeinschaftung sowie städtischer Verortung und Verankerung aus. Dabei entwickelte sie neben eigener politischer Programmatik eine offensive subkulturelle Werbestrategie, mit der sie sich als offene Lesbe und Weiblichkeitsnormen verweigernde Frau selbstermächtigend ins Bild rückte.

Schlüsselwörter

LSBT*-Subkultur, Selbstempowerment, Transvestit, Weimarer Republik, Nazi-Deutschland, Emanzipation

Summary

Daring, strategically minded and emancipated: Searching for traces of the subcultural activist Lotte Hahm (1890–1967)

In this article we present the critical findings of a reconstruction that focuses primarily on the scope and strategies of action of Lotte Hahm, a well-known subcultural activist from Berlin. Lotte Hahm combined her economic independence with collective self-organization (non-restrictive club structures). She also paired hospitality (bars, dances and cultural events) with providing advice and political education (articles, lectures, a library), as well as with political goals such as politicizing people, working to abolish discrimination and striving to establish local, national and international networks of lesbians and (homosexual) 'transvestites'. She transformed event venues into exclusive spaces for building community that had a distinct urban feel and were rooted locally. In the process she developed her own political programme as well as an aggressive, subcultural advertising strategy in which she presented herself in a self-empowering way as openly lesbian, someone who refused to bow to feminine norms.

Keywords

LGBT* subculture, self-empowerment, transvestite, Weimar Republic, Nazi Germany, emancipation

1 Einleitung

Lotte Hahm gehört zu den schillernden Persönlichkeiten der Berliner lesbischen, schwulen und trans* Subkultur in der Weimarer Republik. Mindestens sechs Jahre, nämlich von 1926 bis 1932, wirkte sie*¹ als unerschrockene und multifunktionale Aktivistin in Berlin.² Durch erfolgreiches Veranstaltungsmanagement, das sie mit einer gezielt entwickelten Werbestrategie bewarb, wurde sie eine allseits bekannte Größe in der Subkultur. Hahms kulturelles sowie politisches Engagement prägte die Szene(presse), in der sie sich für die Organisierung von Lesben³ und „Transvestiten“ stark machte. Sie nutzte ihre Bekanntheit, um unterschiedliche Selbstorganisationen zu initiieren und zu fördern: Maßgeblich gestaltete sie Zusammenschlüsse wie einen „Damenklub“ und eine „Transvestitengruppe“, außerdem brachte sie die Idee von einem Bund für ideale Frauenfreundschaft auf den Weg. Mit den Organisationen, die gesellschaftlicher Isolation marginalisierter Gruppen entgegenwirkten, sorgte sie vorrangig für Geselligkeit und Spaß, versuchte jedoch auch dezidiert politisch zu arbeiten, andere dafür zu interessieren und zu mobilisieren. In dem Bemühen, eine überregionale Organisation voranzutreiben, wob sie ein Frauen(*)netzwerk auch außerhalb Berlins. Selbst während der NS-Diktatur engagierte sie sich klandestin für den Erhalt von Lesbentreffpunkten. In der Nachkriegszeit gehörte sie ebenso zu den Aktiven, die die Homosexuellenbewegung der Weimarer Zeit wiederbeleben wollten.

Über Lotte Hahm und ihre Berliner Zeit wird seit den 1980er-Jahren geforscht: Zu nennen sind vor allem Gudrun Schwarz (1981), Ilse Kokula (1983), Katharina Vogel (1984), Doris Claus (1987) und Claudia Schoppmann (1991 [1985], 1997 [1991], 1998 [1993]). Sie brachten nachhaltig Lotte Hahms Namen ins Spiel der sich konstituierenden außeruniversitären, bewegungsbasierten Lesbengeschichtsforschung und hoben ihre Bedeutung für die Subkultur hervor. Weitere wichtige Untersuchungen sind seither Heike Schader (2000, 2004, 2017) sowie Jens Dobler (2003) und Rainer Herrn (2005) zu verdanken, die zu Lokalen bzw. Klubs und Zeitschriften für Lesben und Trans* arbeiten. Viele von Hahms Berliner Aktivitäten lassen sich ausschließlich in der subkulturellen Presse der Weimarer Republik nachvollziehen – vor allem in den Lesbenzeitschriften *Die Freundin*, die mit Unterbrechungen zwischen 1924 und 1933 erschien, in *Liebende Frauen*, *Ledige Frauen* und *Garçonne*. Ein Nachlass von Lotte Hahm liegt nicht vor – nicht einmal nennenswerte Selbstaussagen jenseits der Presse. Um diese Lückenhaftigkeit für eine biografische Kleinform dennoch produktiv zu machen, erarbeiteten wir für die personenbezogenen Primärquellen ein Analyseraster und konzentrieren uns auf die Rekonstruktion ihres Lebens und subkulturellen Wirkens. Teilweise ergeben sich für die Zeit des Nationalsozialismus weitere Anhaltspunkte aus bislang unbekanntem Polizeiakten, mit denen bisherige Einschätzungen neu bewertet werden können. Zentrale Forschungsfragen sind die nach Hahms Strategien der Selbstbemächtigung und

1 Diese gelegentliche Genderung mit dem Asterisk soll konkrete geschlechtliche Annahmen der Kategorien „Frau“ und „Lesbe“ irritieren und so zur Destabilisierung der heteronormativen Zweigeschlechterordnung beitragen.

2 Das Mikroforschungsprojekt an der Hochschule Düsseldorf wurde freundlicherweise finanziert von der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Fachbereich LSBTI (Laufzeit: 10–12/2018). Wir danken der*/dem* anonymen Reviewer*in für die hilfreichen Anmerkungen.

3 Zur Verwendung des Begriffs „Lesbe“ für die Historiografie vgl. Leidinger/Boxhammer (2015).

Transformationsprozesse, politische Un-Ordnung und die Ordnung der Geschlechter im Vorderen Orient. Das Beispiel Irak

Zusammenfassung

Im Zuge tiefgreifender Umbrüche ist der Vordere Orient fundamental politisch in Un-Ordnung geraten. Auch die patriarchale Geschlechterordnung geriet unter Druck und ist teilweise erodiert. Frauenrechte werden in der Krise zum machtpolitisch umkämpften Terrain, auf dem autoritäre Regime, regionale, substaatliche und transnationale Kräfte um Legitimität und Kontrolle wetteifern. Frauenbewegungen sehen sich mit vielfältigen Strategien ‚maskulinistischer Restauration‘ konfrontiert. Am Beispiel des Irak analysiert der Beitrag in historisch-struktureller Perspektive, wie Geschlechterpolitik im autoritär zentralisierenden Staat des alten Regimes wie auch im fragmentierten konfessionalistisch verengten politischen System im ‚neuen Irak‘ herrschaftspolitisch instrumentalisiert wird und Frauenrechte jeweils strategisch erweitert oder eingeschränkt werden. Die innen- wie die geschlechterpolitischen Dynamiken im neuen Irak sind eng mit regionalen und internationalen Machtkämpfen verwoben.

Schlüsselwörter

Irak, Geschlechterpolitik, Maskulinistische Restauration, Personenstandsrecht, Konfessionalismus

Summary

Political (dis-)order and gender order in a transforming Middle East. The case of Iraq

Profound transformations in the Middle East have created a fundamentally dis-orderly regional order. Even the patriarchal gender order has come under pressure and has been eroded in parts. Women's rights have become a highly contested terrain, with authoritarian regimes, regional, sub-state and transnational forces competing for power, legitimacy and control. Women's movements are faced with multiple 'masculinist restoration' strategies. Taking Iraq as a case study, the article analyses, from a historical and structural perspective, how gender politics has been used by the centralizing authoritarian state of the ancien régime and is also being used by the fragmented sectarian political system of the 'new Iraq'. Both regimes are instrumentalizing women's rights in their quest for power, using different strategies and consequences. In the 'new Iraq' both domestic and gender politics have become closely interwoven with regional and international power struggles.

Keywords

Iraq, gender politics, masculinist restoration, civil status law, sectarianism

1 Einleitung

Der Vordere Orient erlebt in jüngster Zeit eine breite Welle sozialer und politischer Unruhen und Proteste. Von Tunis bis Teheran, von Beirut bis Bagdad gehen Hunderttausende Menschen gegen die dramatische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen auf die Straße und prangern das Versagen von Regierungen und politischen Eliten, weit verbreitete Korruption und massive Repression an. Zahlreiche Frauen, jüngere und ältere, engagieren sich in den Protestbewegungen an vorderster Stelle und fordern damit konservative Geschlechternormen heraus.

Die Proteste finden vor dem Hintergrund tiefgreifender struktureller Transformationsprozesse im vergangenen Jahrzehnt statt, in denen externe und interne politische Dynamiken verflochten und in die internationale, regionale und lokale Akteure involviert sind. Beck und Richter sprechen von einer „fluctuating regional (dis-)order in the post-Arab Uprising Middle East“ (Beck/Richter 2020: 68).¹

Im Kontext der mehrdimensionalen gesellschaftlichen und politischen Umbrüche ist auch die Geschlechterordnung in der Region vielfach unter Druck und ins Rutschen geraten. Geschlechternormen und Frauenrechte werden zum machtpolitisch umkämpften Terrain, auf dem autoritäre Regime, regionale, substaatliche und transnationale Kräfte um politische Legitimität und Kontrolle wetteifern. Frauenbewegungen sehen sich weithin mit vielfältigen Strategien „maskulinistischer Restauration“ konfrontiert (Kandiyoti/Al-Ali/Spellman Poots 2019: 7ff.).²

Die widersprüchlichen und komplexen Dynamiken zwischen genderpolitischem Aufbruch und sozial konservativem Backlash mag ein Beispiel aus dem Irak einleitend verdeutlichen. Bei den Massenkundgebungen und Protesten in Bagdad, Basra und anderen Städten seit Oktober 2019, die weithin von jungen Leuten aus den Armenvierteln und den gebildeten Mittelschichten getragen wurden und sich gegen die miserablen sozialen Verhältnisse, mangelhafte staatliche Basis-Dienstleistungen, Korruption, Konfessionalismus und ausländische Einmischung richteten (Rubin 2019), übernahmen Frauen wichtige Rollen im Rahmen der Protest-Infrastruktur. Junge Frauen demonstrierten gemeinsam mit jungen Männern und nahmen sich ihren Platz im öffentlichen Raum wie auch in den zahllosen Sit-in-Zelten etwa auf dem Bagdader Tahrir-Platz. Die moralpolitische Antwort auf die „kulturelle Revolution“ (Haddad 2019: o. S.) und den geschlechternormativen Tabu-Bruch, wie sie sich in den Protesten manifestierten, erfolgte rasch. Der überaus einflussreiche schiitische Geistliche und Politiker Muqtada Al-Sadr,³ der bis dahin die Proteste unterstützt hatte, forderte per Twitter die Protestierenden dazu auf, die Regeln der Geschlechtertrennung nach konservativer schiitischer Lesart einzuhalten. In einem 18-Punkte-Statement mit Richtlinien für die Proteste erklärte Al-Sadr:

- 1 Kernelemente der neuen (Un-)Ordnung sind der teilweise Rückzug des US-Hegemons aus der Region, das verstärkte Engagement globaler Mächte wie Russland und China, eine verschärfte, auch militärisch ausgetragene Rivalität wichtiger Regionalmächte (wie Iran, Saudi-Arabien, Türkei) und ihrer lokalen Stellvertreter. Dadurch werden ethnisch-religiös-konfessionell konnotierte Konflikte verstärkt bzw. verfestigt und dauerhafte Kriegszonen geschaffen (vgl. Beck/Richter 2020). Die abnehmenden Hydrocarbon-Einkünfte und nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie dürften die sozialen und politischen Spannungen und Verteilungskonflikte in der Region zusätzlich erhöhen und weiterhin auch unter Zuhilfenahme von identitätspolitischen Ein- und Ausschlusskriterien ausgetragen werden.
- 2 Damit sind Bemühungen um den Erhalt bzw. die Wiederherstellung männlicher Privilegien gemeint angesichts von gesellschaftlichen Entwicklungen, in denen patriarchale Strukturen und weibliche Unterordnung nicht länger als fraglos gesichert und ideologisch-kulturell hegemonial gelten können (vgl. Kandiyoti/Al-Ali/Spellman Poots 2019: 14, Anm. 3).
- 3 Muqtada Al-Sadr gewann bei den Parlamentswahlen im Mai 2018 mit seiner Sairun-Allianz, einem Bündnis, das neben der sadristischen Bewegung auch die irakische Kommunistische Partei und säkulare und liberale Kräfte umfasst, die meisten Stimmen (Ehrhardt 2018). Er erwies sich in den Jahren seit dem Sturz des Baath-Regimes als politisch sehr wandlungsfähig (Dodge et al. 2018: 8). In den ersten Jahren nach der US-Invasion waren u. a. die schiitischen Milizen der Sadr-Bewegung, die sog. Mahdi-Armee, bestrebt, ihre extrem konservativen moralpolitischen Ordnungskonzepte auch mit Gewalt und Terror durchzusetzen (vgl. Kreile 2007: 236f.).

Berta Lask's *Die Befreiung* (1926). Betrachtungen zum Verhältnis von Frausein und Revolution

Zusammenfassung

Mit der *Befreiung* präsentierte Berta Lask der Öffentlichkeit der Weimarer Republik ein Stück, das in der Tradition des revolutionären proletarischen Theaters die Massen, in diesem Falle Arbeiterinnen, zur aktiven politischen Teilnahme motivieren sollte. Anhand der Analyse der Figurenkonzeption und des formalen Aufbaus des Dramas soll gezeigt werden, wie das Verhältnis von Revolution und Geschlecht innerhalb dieser seltenen, auf weibliche Figuren zentrierten Handlung verhandelt wird. Zwar wird Frauen politische Teilhabe zugestanden bzw. diese auch in Form von Agitation gefordert, jedoch bleiben gewisse Handlungsräume – wie der Kampf an der Waffe – weiterhin problematisch für Frauen. Darüber hinaus werden die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexte und Konfliktlinien in Verbindung mit der Voraussetzung revolutionären Erwachens diskutiert. Während nach einer gemeinsamen Identifikationsmöglichkeit aller Frauen über die politische Gesinnung gestrebt wird, bleiben gewisse Darstellungen doch zum einen in kulturchauvinistischen Traditionen verhaftet und zum anderen die weibliche Beteiligung immer als Nachahmung von bzw. Anschluss an männliche revolutionäre Aktivität markiert.

Schlüsselwörter

Revolution, Geschlecht, Weimarer Republik, Russland, Berta Lask, Arbeiterin

Summary

Berta Lask's *Die Befreiung* (1926). Reflections on the relationship between womanhood and revolution

Berta Lask's play *Die Befreiung* (Liberation) presented the public with a dramatic piece in the revolutionary proletarian theatre tradition that was intended to motivate the masses – specifically working-class women – to take an active part in the revolution. The relationship between revolution and gender is illustrated by analyzing the characterization in the play and its form. The play focusses on female protagonists – which was quite rare back then. Although women are granted political participation, which is primarily expected to take the form of agitation, specific forms of action – like the armed struggle – are still almost impossible for them to access. The article also discusses the different social contexts and conflicts that shape the preconditions for revolution. It is argued that the play tries to provide women worldwide with the option of identifying as communists. But at the same time it still clings to images that are linked to alleged cultural superiority and portrays female participation only as imitation or subsequent to the revolutionary actions of men.

Keywords

revolution, gender, Weimar Republic, Russia, Berta Lask, working-class women

1 Einleitung

„Regisseurin: Heute zeigen wir hier, wie's der Proletenfrau in Krieg und Revolution ergangen ist, wie sie gehungert und gekämpft hat und langsam aufgewacht ist und wie sie sich zusammengeschlossen hat mit ihren Klassengenossen.“ (Lask 1926: 8)

Dies verkündet die Figur der Regisseurin bereits im Vorspiel von Berta Lask's Stück *Die Befreiung*. *Sechzehn Bilder aus dem Leben der deutschen und russischen Frauen*

1914–1920, das im Folgenden hinsichtlich der Wechselbeziehungen von Frausein¹ und Revolution näher untersucht werden soll. Dazu werden nicht nur die Konzeption der Figuren und ihre jeweilige Handlungsmacht analysiert, sondern auch Aspekte der formalen Gestaltung des Stückes. *Die Befreiung* bietet eine für den historischen Kontext seltene, spezifisch weibliche Perspektive auf sonst in der Regel männlich konnotierte Bereiche: Krieg und Revolution. Die starke männliche Konnotation dieser Erfahrungsbereiche brachte den Anspruch der Deutungshoheit mit sich, unter deren Wirkungsmacht weibliche Narrative aufgrund des Nicht-Erlebens von Fronterfahrungen oder direktem Kampf marginalisiert oder ihnen schlichtweg die Authentizität abgesprochen wurde (Marchesi 2004: 51f.). Das ist aber nur einer der Umstände, der Lasks Stück für die Analyse des Verhältnisses von Geschlecht und Revolution so interessant macht. Denn ihr Dramentext ist nicht nur Produkt der Rezeption der Revolution in Russland, sondern versteht sich in seiner Funktion als Auslöser eines Prozesses der Bewusstwerdung des eigenen revolutionären Potenzials: So sollten die Rezipient*innen zur aktiven Teilnahme am politischen Kampf motiviert werden – ganz in der Tradition der Agitprop-Bewegung (Funk-Hennings 1995: 82f.).

Im Folgenden wird ein kurzer Abriss über Berta Lasks Biografie gegeben, da diese ihr literarisches Schaffen maßgeblich prägte, wie auch der literaturgeschichtliche Kontext umrissen, in welchem sie zu verorten ist. Daran schließt sich ein kurzer Überblick über Aufbau und Inhalt des Stückes und die Analyse des Motivs der Revolution mit Blick auf die Kategorie Geschlecht an. Abschließend werden die Transferprozesse im Stück skizziert – sowohl hinsichtlich der Vorstellung von Revolution als auch deren geschlechtlicher Konnotation: Denn die Inszenierung eines Transfers revolutionärer Ideen spiegelt in diesem Transfer nicht nur die agitative Funktion – Politisierung durch politischen Input – des Stückes wieder, sondern stellt auch gleichzeitig eine Positionierung der eigenen Kultur auf der Folie des Anderen dar.

2 Kontextualisierung

Berta Lask wurde 1878 in eine gut situierte Familie im galizischen Wadowice geboren. Sie politisierte sich zunächst über die bürgerliche Frauenbewegung und beschäftigte sich ab 1901 – ausgelöst durch ihre Konfrontation mit dem Elend in den Arbeiter*innenvierteln Berlins – immer intensiver mit linkem Gedankengut. Später benannte sie in ihrer Autobiografie den Ersten Weltkrieg als Auslöser für ihre Hinwendung zum Sozialismus (Cardinal 2013: 81; Schiller 2010: 263f.). In ihrem literarischen Schaffen erlangte sie zunächst Bekanntheit durch ihre Lyrik, die dem aktivistischen Expressionismus zuzuschreiben ist. Mit ihrem Eintritt in die KPD 1923 stellte sie ihr literarisches Schaffen dann aber ganz unter parteiliche Interessen, und machte erstmals von sich reden, als im selben Jahr ihr Chor *Die Toten rufen* im Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aufgeführt wurde. So entwickelte sie sich Mitte der 1920er-Jahre

1 Frausein meint hier alle gesellschaftlichen Implikationen, die mit der sozialen Kategorie Frau einhergehen. Es wurde sich gegen den Begriff Weiblichkeit entschieden, da nicht allen weiblichen Figuren diese zugeschrieben wird. Die Männlichkeitskonstruktionen werden aufgrund der Kürze des Beitrags nur gestreift.

Musikschule und Gender. Inklusive und intersektionale Perspektiven auf Genderaspekte in der außerschulischen Musikpädagogik

Zusammenfassung

Der Beitrag behandelt öffentliche Musikschulen als Bildungsinstitution und ihre Strategien zur Realisierung des Paradigmas Inklusion. Er beschreibt zunächst eine Dethematisierung von Gender im Kontext der außerschulischen Musikpädagogik und setzt sich damit auseinander, inwieweit Gender als Strukturkategorie an Musikschulen sichtbar ist. Diverse genderbezogene Phänomene auf musikpädagogischer, aber auch auf organisationaler Ebene werden identifiziert. Datengrundlage bilden Dokumente des Musikschulverbands sowie statistische Datenbanken von Musikschulen. Es wird untersucht, inwiefern weitere Strukturkategorien wie sozioökonomischer Status und (Dis-)Ability In- und Exklusionsmechanismen an Musikschulen beeinflussen. Die Ergebnisse zeigen, dass gegenwärtig nicht von einer reflektierten, gendersensiblen Praxis an Musikschulen ausgegangen werden kann. Eine intersektionale analytische Perspektive wird vorgeschlagen und durch methodologische Überlegungen mit Blick auf eine praxeologisch begründete empirische Rekonstruktion des Umgangs mit Gender bzw. Differenz an Musikschulen konkretisiert.

Schlüsselwörter

Musikschule, Gender, Dis-/Ability, Inklusion, Intersektionalität

Summary

Music schools and gender. Inclusive and intersectional perspectives on gender policies in extracurricular music education

The article deals with public music schools as educational institutions and their strategies for implementing the paradigm of inclusion. First, it describes how gender is not a topic of current discourses within extracurricular music education in Germany. Furthermore, it investigates whether gender is visible as a category of diversity in music schools. Different gender stereotypes in the music educational dimension as well as in the structural dimension of music schools can be made out. The data analysed come from different documents belonging to the association of public music schools in Germany as well as from music schools' statistical databases. The article investigates to what extent other categories of diversity, such as class and dis-/ability, have an impact on music schools' inclusion and exclusion policies. The results show a lack of gender awareness in music schools' educational and institutional policies. To achieve an empirical qualitative and reconstructive analysis of policies of dealing with gender and difference in general it is suggested that an intersectional analysis be conducted, as is proposed and outlined in this article.

Keywords

music schools, gender, dis-/ability, inclusion, intersectionality

1 Einleitung

Während Gender in der Musikwissenschaft (z. B. Bullerjahn 2008; Deserno 2018; Grotjahn 2018; Hoffmann 2011; Rieger 2009; Unseld 2001), in der kulturwissenschaftlich geprägten Popmusikforschung (z. B. Clawson 1999; Siedenburg 2016) und in der Musikwirtschaft (z. B. Leonard 2017) in den letzten zehn Jahren deutlich als Thema wahrgenommen und diskutiert wird, sind Genderthemen in der Musikpädagogik wenig präsent (Heß 2017, 2018). Für den Kontext der Bildungsinstitution Musikschule kann bezogen auf Gender gegenwärtig sogar von einer Dethematisierung gesprochen werden. Weder in der entsprechenden musikpädagogischen Praxisliteratur der Elementaren Musikpädagogik bzw. der Instrumental- und Gesangspädagogik noch im wissenschaftlichen Diskurs findet eine systematische Auseinandersetzung mit Genderfragen in der Institution Musikschule statt. Der Beitrag setzt sich daher mit dem Thema Gender in der außerschulischen Musikpädagogik, insbesondere an öffentlichen Musikschulen, auseinander.

Zunächst werden unterschiedliche Genderphänomene an Musikschulen differenziert betrachtet (1). Sowohl musikpädagogische als auch strukturelle und organisationale Aspekte werden berücksichtigt und einer Analyse (2) unterzogen. Untersucht wird weiter, inwiefern Gender in der politisch motivierten inklusionsorientierten Entwicklung von Musikschulen eine Rolle spielt, und es werden mögliche intersektionale Perspektiven zur Bearbeitung von Teilhabefragen in Bezug auf Musikschulen angeführt (3). Anschließend werden methodologische/methodische Ansätze skizziert, die eine gegenstandsangemessene empirische Rekonstruktion der zuvor theoretisch bzw. deskriptiv erarbeiteten Genderphänomene an Musikschulen ermöglichen sollen (4).

2 Genderphänomene in der Bildungsinstitution Musikschule in Zahlen

Unabhängig vom Fach Musik in den allgemeinbildenden Schulen erfüllen öffentliche Musikschulen in Deutschland einen musikbezogenen Bildungsauftrag. Musikschulen sind gemeinnützige Einrichtungen der musikalischen Bildung über die gesamte Lebensspanne und arbeiten in kommunalen und regionalen Strukturen mit allgemeinbildenden Schulen, Musikvereinen, Volkshochschulen und weiteren Partnern aus dem Bereich der kulturellen Bildung zusammen. Dabei verstehen sich Musikschulen als eigenständige Bildungsinstitutionen, die nicht den Musikunterricht an allgemeinbildenden Schulen ersetzen, sondern ein spezifisches musikalisches Ergänzungsangebot vorhalten (VdM 2012).

Angesichts der Untersuchungsergebnisse zu Genderphänomenen in anderen musikbezogenen Disziplinen, wie den Musikwissenschaften oder den kulturwissenschaftlich orientierten Ansätzen, kann davon ausgegangen werden, dass Gender trotz der beschriebenen Dethematisierung an Musikschulen eine Rolle spielt. Die Frage, ob geschlechterbedingte Ungleichheit an Musikschulen Praxis ist, lässt sich allerdings nicht ohne Weiteres eindeutig beantworten.

So weisen z.B. die Dokumente und Jahresberichte des Fach- und Trägerverbands der Musikschulen (VdM) auf ein unbewusstes bzw. unreflektiertes androzentrisches Pa-